LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

10.05.2022
Drucksache 8/1136

öffentlich

Antrag
–

Fraktion AfD

Bekenntnis zum Wiederaufbau der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe in Bitterfeld-Wolfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt die Erforderlichkeit einer Geburten- und Frauenheilkundeklinik am Standort Bitterfeld-Wolfen, so wie es der Krankenhausplan des Landes Sachsen-Anhalt auch vorsieht.

2. Der Landtag bekennt sich zum Wiederaufbau der Frauenklinik mit der Geburtenstation in Bitterfeld-Wolfen.

3. Der Landtag respektiert die freie Entscheidung des Kreistages Anhalt-Bitterfeld, finanzielle Mittel für den Wiederaufbau der Frauenklinik mit der Geburtenstation bereitzustellen und fordert von der Landesregierung und vom Landesverwaltungsamt, diese Entscheidung nicht zu konterkarieren.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine auskömmliche Finanzierung aller Krankenhäuser im Land sicherzustellen, sodass eine flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum gewährleistet ist.

Begründung

Die Politik der Landes- und Bundesregierung ist ein Grund für die Schieflage der Krankenhäuser und erfordert entschiedenes politisches Handeln. Wir möchten hier ausdrücklich auf den Koalitionsvertrag hinweisen. Auf dessen Seite 34 heißt es, die Trägervielfalt bleibe erhal-

(Ausgegeben am 10.05.2022)

ten, und weiter wird dort ausgeführt: „Gemeinsam mit den Partnern der Selbstverwaltung und den Kommunen wollen wir moderne, zukunftsfähige Versorgungskonzepte entwickeln. Regionale, zukunftsorientierte und mit kommunalem Engagement unter Berücksichtigung der Bedarfsplanung entwickelte Versorgungsangebote im ländlichen Raum, wie zum Beispiel kommunale Gesundheitszentren, werden wir fördern und unterstützen.“ Ergänzend steht auf der Seite 36: „Wir werden den Sanierungsstau der Krankenhäuser unter Einbeziehung des einzurichtenden Corona-Sondervermögens reduzieren. Den in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Weg, wieder stärker Investitionsmittel für die Krankenhäuser bereitzustellen, werden wir weitergehen. Die vom Land bereitgestellten pauschalen Fördermittel der vergangenen Legislatur werden mindestens in derselben Höhe fortgeführt.“

Insbesondere die Geburtshilfe soll laut Koalitionsvertrag gesichert werden. Dazu soll die Hebammenversorgung ein wichtiger Punkt werden und das Modellprojekt zum hebammengeleiteten Kreißsaal soll ausgebaut werden. Das Land soll dabei unter anderem das nationale Gesundheitsziel „Rund um die Geburt“ in die Gesundheitsziele des Landes übernehmen und weitere Klinikstandorte fördern. Ziel ist, das Modell in die Regelversorgung zu überführen.

Die Frauenklinik in Bitterfeld wurde im März 2020 geschlossen. Der Aufsichtsrat bestätigte die Schließung am 22. April 2020. Dies löste eine große und breite öffentliche Debatte aus. Auf Antrag des Landrates sollte am 16. Juli 2020 die dauerhafte Schließung im Kreistag abgesegnet werden, doch der Antrag wurde aufgrund des großen Widerstandes zurückgezogen. Am 17. September 2020 bekannte sich der Kreistag nach intensiver Debatte mit großer Mehrheit zum Wiederaufbau der Fachklinik für Geburten und Frauenheilkunde und gab im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung finanzielle Mittel für dieses Vorhaben frei. Zum 1. April 2022 wurde die Frauenheilkundeklinik wiedereröffnet, ab Juli 2022 soll auch die Geburtenstation wieder öffnen.

Das Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen gGmbH ist für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld ein Standortvorteil. Eine Beschneidung des Angebots senkt die Wohn- und Versorgungsqualität in den boomenden Kommunen im Umkreis. Das Angebot der Frauenheilkunde und der Geburtsklinik muss vor Ort wieder aufgebaut werden, damit das Gesundheitszentrum weiterhin leistungsfähig, attraktiv und kommunal bleibt. Eine Schließung der Frauenklinik wirkt sich auch negativ auf andere Fachbereiche aus. Dies war in anderen Krankenhäusern des Landes zu sehen. Ganz zu schweigen vom negativen Image des Hauses, das bei einer solchen Entscheidung entsteht. Die Befürchtung, dass erst eine Station geschlossen wird und infolgedessen dann das gesamte Krankenhaus nicht mehr wirtschaftlich ist, wurde an vielen anderen Standorten des Landes Sachsen-Anhalt zur Realität. Große Konzerne sehen bei dieser Entwicklung eine Chance, sich weitere Standorte einzuverleiben, um ihre Marktmacht auszubauen.

Unabhängig davon schafften es die drei benachbarten Krankenhäuser in Köthen (416), Eilenburg (316) und Torgau (400) mit weniger Geburten im Jahr 2019 als in Bitterfeld eine entsprechende Station zu betreiben, ohne diese aus Kostengründen zu schließen.

Im Altkreis Bitterfeld wohnen mehr als 50 Prozent der Einwohner des Landkreises. Bei 1.200 Geburten im Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Jahr 2019 ist ausreichend Potential gegeben. Des Weiteren muss gesehen werden, dass Gemeinden wie der Muldestausee und Sandersdorf-Brehna wachsen und junge Familien anziehen. Auch in Bitterfeld-Wolfen werden zahlreiche neue Baugebiete (inklusive des neuen Stadtteils „Bitterfeld Süd“ mit über 2.000 neuen Einwohnern) ausgewiesen und geplant, um junge Familien in die Region zu holen. Die Schließung der Geburtenstation wäre hier ein völlig falsches Signal für die gesamte Region. Der Fachkräftemangel ist seit Jahren bekannt und trifft alle Krankenhäuser. Er darf kein Argument für eine Schließung sein.

Es braucht ein gutes Umfeld, Image und eine gute Geschäftsführung, die dieses Problem bewältigt. Im Gesundheitszentrum Bitterfeld gibt es nunmehr einen neuen Geschäftsführer. Für die Frauenklinik wurde ein neuer Chefarzt und eine Oberärztin gefunden. Das zeigt, dass man mit guten Angeboten und entsprechendem Engagement Fachpersonal anwerben kann. Seit 1. April 2022 läuft der Betrieb wieder an und nach Aussage des Landrates in der Kreistagssitzung im April 2022 sind alle Termine für planbare Operationen in der nächsten Zeit verplant.

Damit zeigt sich, dass es einen großen Bedarf in der Region gibt und das Angebot dankend angenommen wird. Meist ist es so, dass eine Station schließt und dann die gesamte Einrichtung aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit infrage gestellt wird. Dann kommt in vielen Fällen die Privatisierung ins Spiel. Das darf in Bitterfeld nicht passieren. 2.225 Bürger forderten in einer Petition, dass die Frauenklinik und die Geburtenstation wiedereröffnet wird und sprachen sich gegen eine Privatisierung aus. Inklusive einer weiteren Unterschriftenaktion sprachen sich innerhalb weniger Wochen über 3.000 Bürger für den Erhalt der Frauenklinik und Geburtenstation aus. Hinzu kamen zahlreiche Bekundungen von Bürgermeistern und ganzen Stadt- bzw. Gemeinderäten aus Muldestausee, Bitterfeld-Wolfen, Sandersdorf-Brehna, Raguhn-Jeßnitz und Zörbig.

Ebenso ist die Landes- und Bundesregierung aufgefordert, endlich eine auskömmliche Finanzierung für kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum sicherzustellen. Die Zuschüsse für Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt wurden in den letzten Jahren von über 180 Millionen Euro auf unter 40 Millionen Euro im Jahr zusammengestrichen. Laut Gesundheitszentrum Bitterfeld-Wolfen lag allein im Jahr 2017 der Investitionsbedarf bei rund 169 Millionen Euro in Sachsen-Anhalt. Ausgezahlt wurden aber nur Pauschalfördermittel von etwa 26 Millionen Euro. Im Falle des Gesundheitszentrums Bitterfeld-Wolfen bedeutete dies eine Investitions-

summe von 4,6 Millionen Euro pro Jahr. Vom Land kam aber nur ein Pauschalzuschuss in Höhe von 1,3 Millionen Euro. Die Finanzlücke lag folglich bei 3,35 Millionen Euro.[1]

Das Beispiel Burgenlandkreis zeigt, dass trotz Privatisierung der Landkreis zuzahlen soll, um Geburtenstationen zu erhalten. Das ist ein mahnendes Beispiel und offenbar ist das Landesverwaltungsamt bei dieser freiwilligen Kofinanzierung nicht eingeschritten. Es ist daher vollkommen legitim, dass der Landkreis diesen Weg nun geht und die Frauenklinik inklusive Geburtenstation erhalten möchte. Dabei darf das Land nicht im Wege stehen. Die Politik muss diesen Weg unterstützen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender

[1] Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen, Pro Wirtschaftlichkeit, https://www.gzbiwo.de/pro-wirtschaftlichkeit/ (Abruf am 09.05.2022).